



Bernd Rother

»WILLY BRANDT MUSS KANZLER BLEIBEN!«

*Die Massenproteste gegen
das Misstrauensvotum 1972*

*Willy Brandt –
Studien und Dokumente*

»Willy Brandt muss Kanzler bleiben!«

Willy Brandt – Studien und Dokumente

Band 3

Herausgegeben von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Bernd Rother, Dr. phil., war 1999–2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Bernd Rother

»Willy Brandt muss Kanzler bleiben!«

Die Massenproteste gegen das Misstrauensvotum 1972

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wurde im Jahre 1994 vom Deutschen Bundestag als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet. Sie hat die Aufgabe, das Andenken an Willy Brandt und seinen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes sowie die Versöhnung und Verständigung unter den Völkern zu wahren.

www.willy-brandt.de

ISBN 978-3-593-51515-1 Print

ISBN 978-3-593-44986-9 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-44987-6 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022. Alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Zwischen 15.000 und 30.000 Menschen versammelten sich am 26. April 1972 auf der Hamburger Moorweide zu einer Solidaritätskundgebung für die Regierung Brandt–Scheel, zu der eine Bürgerinitiative aufgerufen hatte. In ihren Händen hielten die Demonstranten Ausgaben der *Hamburger Morgenpost* in die Höhe, in denen neben einem Porträt von Brandt die Forderung »Willy muß Kanzler bleiben« zu lesen war. © picture-alliance / dpa | Lothar Heidtmann

Satz: le-tex transpect-typesetter, Leipzig

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9

Der Rahmen

Barzel gegen Brandt – Die Vorgänge in Bonn	21
Vorbilder? Politische Streiks vor 1972	29
Ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie?	35

Die Ereignisse

Eine Welle der Empörung – Demonstrationen und Streiks in der ganzen Republik	51
---------------------------------------------------------------------------------------	----

Die Analyse

Strukturmerkmale der Proteste – Eine Synthese	113
Die Proteste unter dem Mikroskop – Eine Analyse	121
Vernachlässigte Arbeit und rote Kleider – Symbolische Aktionen	153
Von den April-Streiks zum Triumph im November	173

Der Ort der Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik	177
Dank	185

Anhang

Abkürzungen	189
Quellen und Literatur	191
Personenregister	197
Ortsregister	201

Vorwort

Bücher haben ihre Geschichte, so auch dieses. Seit Jahrzehnten habe ich den Gedanken mit mir herumgetragen, »irgendwann« die Ereignisse des 27. April 1972 und der Tage zuvor, die Proteste gegen den Versuch, Willy Brandt per Konstruktivem Misstrauensvotum zu stürzen, aufzuarbeiten. Was die diversen Bestechungsversuche angeht, haben das andere bereits erledigt. Aber dieser Teil der Geschichte hat mich nie sonderlich interessiert. Mir ging und geht es um die Vielzahl von Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen und Demonstrationen, mit denen Hunderttausende ihre Ablehnung des Misstrauensantrags der CDU/CSU-Fraktion zum Ausdruck brachten (zur Unterstützung der Union ging niemand auf die Straße). Keiner hat sich bisher berufen gefühlt, das aufzuschreiben.

Wie dieser lange Vormittag am Donnerstag, dem 27. April 1972, abließ, habe ich bis heute nicht vergessen. In Lüneburg, wo ich das Gymnasium besuchte, blieb es ruhig. Kein Betrieb streikte, niemand rief zu einer Kundgebung auf. Aber das Interesse an den Vorgängen in Bonn war riesig. Als wir Schüler der Oberstufe erfuhren, dass unser Direktor (ein Mitglied der SPD, wohl das erste an der Spitze des altehrwürdigen Johanneums) zwar im Mai, wenn die Bundestagsdebatte über die Ostverträge anstand, ein Fernsehgerät in die Aula stellen wollte, aber nicht an diesem Tag der Abstimmung über den Misstrauensantrag, blieben wir nach der ersten großen Pause aus Protest auf dem Schulhof. Wenig später saßen wir in der Aula und schauten die Übertragung. Ingeheim hoffte ich auf einen Sieg von Willy Brandt. Seiner Partei gehörte ich seit einem Jahr an. Doch die Chancen für den Kanzler standen schlecht, und so schlug ich das Angebot des einzigen bekennenden Jungunionisten in der ganzen Oberstufe aus, um einen Kasten Bier zu wetten. Wenn er schon aller Wahrscheinlichkeit nach triumphieren würde, wollte ich nicht auch noch die Zeche bezahlen.

Die Debatte und die Auszählung zogen sich in die Länge. Um 13.40 Uhr fuhr mein Zug nach Hause nach Melbeck, aber vor dem Ergebnis wollte ich nicht aufbrechen. Im allerletzten Moment, gegen 13.15 Uhr, sprach der ARD-

Kommentator von jubelnden SPD-Abgeordneten; offenbar habe Barzel verloren. Um 13.22 Uhr – so das Bundestagsprotokoll – verkündete Parlamentspräsident Kai-Uwe von Hassel die Sensation. Zum Feiern war es zu spät: Geschwind ging es zum Bahnhof, wo der Schaffner schon wartete – nicht nur auf die Abfahrt, sondern auch auf das Ergebnis, das er nun von mir erfuhr.

Fünfzig Jahre liegt dieser Tag zurück. Zu meiner großen Verwunderung hat sich in dieser langen Zeit niemand mit der damaligen Welle von Protesten befasst, obwohl doch ein Generalstreik im Raum stand, falls Willy Brandt gestürzt werden sollte. Ein Zufall? Oder war das, was 1972 geschah, nur ein ephemeres, belangloses Ereignis, der Aufarbeitung nicht wert?

Einleitung

»Es kann sein, daß der heutige Tag der wichtigste in der Geschichte unseres Staates ist. Nicht, weil entweder Willy Brandt Kanzler bleibt oder Rainer Barzel Kanzler wird; es ist deshalb ein wichtiger Tag, weil die Bürger dieses Landes von Gefühlen aufgewühlt werden wie selten zuvor. Die einen sehen in dem Versuch der Opposition, den Bundeskanzler so zu stürzen, wie die Verfassung es erlaubt, schändlichen Verrat. Die anderen glauben, ein Weiterregieren Brandts bedeute den Untergang der Nation.«¹

Eine seltsame Diskrepanz herrscht zwischen dem zeitgenössischen Empfinden, wie es dieser namentlich nicht gezeichnete, also für die Zeitung insgesamt sprechende Kommentar von *Bild* zum Ausdruck brachte, und dem niedrigen Stellenwert der April-Ereignisse des Jahres 1972 in der heutigen Erinnerung. Sicherlich: Spricht man Zeitzeugen auf die Proteste gegen den Misstrauensantrag an, dann wissen sie sofort, worum es ging, und häufig auch, wo sie vom Scheitern Rainer Barzels erfahren haben. Aber in der Geschichtsschreibung und in der Erinnerungskultur spielt der 27. April 1972 kaum eine Rolle. Und wenn die Rede auf ihn kommt, dann wegen des Stimmenkaufs, den vermutlich beide Seiten betrieben. Die Proteste hingegen sind weitgehend dem Vergessen anheimgefallen.

Forschungsstand

Einen »Stand der Forschung« im engeren Sinne gibt es nicht. Zu den Berichten über Abgeordnetenbestechungen im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Misstrauensantrag hat Andreas Grau vor wenigen Jahren alle Erkenntnisse zusammengetragen. Die Begleitumstände auf den Straßen und in den Betrieben kommen bei ihm nicht vor; sie gehörten nicht

¹ Bild, 27. April 1972.

zu seinem Thema.² Einige Arbeiten zur Geschichte politischer Streiks in der Bundesrepublik Deutschland gehen eher kurz auf die Vorkommnisse vom 25.–27. April 1972 ein, die großen Überblicksdarstellungen zur Geschichte Westdeutschlands ab 1945 oder Deutschlands im 20. Jahrhundert aber gar nicht.

Arnulf Baring widmet den Protesten in seiner Darstellung über die Ära Brandt/Scheel einen einzigen Absatz; die Demonstrationen und Streiks empfand er als massiv und resümierte: »Das alles verhiß nichts Gutes, falls Barzel es schaffte.«³ In Peter Merseburgers großer Lebensbeschreibung Willy Brandts reicht es nur zum Halbsatz, es sei »zu symbolischen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Kundgebungen« gekommen, um sich »mit ihm, dem von ›Heckenschützen‹ Gejagten« zu solidarisieren.⁴ Brandt selbst schrieb in seinen »Erinnerungen« mit Blick auf die öffentlichen Reaktionen auf den Misstrauensantrag von »nicht enden wollende[n] Zeichen der Sympathie«, die ihn damals erreichten.⁵ Rainer Barzel hob die »Erregung der Gefühle und der Gemüter – auf beiden Seiten« hervor, die alles übertroffen habe, »was ich bisher im politischen Kampf erlebt hatte.«⁶ Die führenden Biografen Helmut Schmidts, der in seinen eigenen Erinnerungsbüchern auf die Vorgänge Ende April 1972 fast gar nicht eingeht, und Herbert Wehners beschränken sich jeweils auf einen Halbsatz zu den Vorgängen.⁷

Heinrich August Winkler behandelt im zweiten Band von »Der lange Weg nach Westen« die Proteste mit einem einzigen Satz: »Vor dem Mißtrauensvotum hatten in zahlreichen Städten Demonstrationen gegen das Vorhaben der Opposition und für die sozialliberale Regierung stattgefunden; die Ablehnung des Antrags löste eine Welle von Sympathiekundgebungen für Brandt aus.« Bei Eckart Conze und Ulrich Herbert fehlt gar jegliche Erwähnung.⁸ Am ausführlichsten behandelt Wolfgang Jäger das Thema. Im

2 Grau, Andreas: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-politische Mitteilungen, 2009 (Jg. 16); S. 1–17.

3 Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984 (= Stuttgart 1982), S. 418.

4 Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 644.

5 Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989 (3., erweiterte Auflage), S. 298.

6 Barzel, Rainer: Auf dem Drahtseil, München/Zürich 1978, S. 61.

7 Vgl. Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie, München 2006; Soell, Hartmut: Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung – 1969 bis heute, München 2008.

8 Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom "Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München (6. Auflage) 2005 (= 2000), S. 299; Herbert,

fünften Band der »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« fasst er die Proteste kurz und prägnant zusammen, um dann festzustellen, dass man in ihnen »eine wichtige Entwicklung des deutschen Parlamentarismus erkennen müsse. Die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes wurde von der Mehrzahl der deutschen Bürger als plebiszitäre Parteiendemokratie verstanden.« Das freie Mandat sei von den Wählern nicht (mehr?) respektiert worden; sie hätten durch die Proteste ihren Anspruch klargemacht, nicht nur über die Zusammensetzung des Parlaments, sondern auch der Bundesregierung zu entscheiden.⁹

Dass selbst die Protestforschung die Demonstrationen und Streiks weitgehend ignoriert hat, überrascht doch sehr.¹⁰ Nur die Streikforschung beschreibt, wenn auch nicht sehr umfangreich, das, was Ende April 1972 in den Betrieben vor sich ging. 1974 veröffentlichte Kurt Steinhaus ein Buch über »Streiks in der Bundesrepublik 1966 – 1974«. Der Soziologe war Mitarbeiter des »Instituts für marxistische Studien und Forschungen« der DKP und widmete den Protesten eine Seite.¹¹ Ausführlicher fällt seine Darstellung der Arbeitsniederlegungen in einem Aufsatz aus. Die Arbeiterklasse habe versucht, den Sturz der Regierung zu verhindern und die Ratifizierung der Ostverträge zu sichern. »Die rechte sozialdemokratische Führung« habe jedoch »eine Ausweitung der Bewegung verhindert«.¹²

Steinhaus verdanken wir eine Aufzählung von Betrieben und Orten, in denen damals gestreikt wurde. Aber Angaben zur Zahl der Beteiligten fehlen weitgehend, solche zum Tag, an dem die Betriebe ruhten, und zu den

Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014; Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

9 Jäger, Wolfgang: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969 – 1974, in: Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel 1969 – 1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden. Band 5/1), Stuttgart/Mannheim 1986, S. 13–160, hier: S. 70–73, Zitat: S. 73.

10 Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018; Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen und Akteure, in: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/New York 2001, S. 27–70; Rucht, Dieter: Protest und Protestereignisanalyse. Einleitende Bemerkungen, in: ders. (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/New York 2001, S. 7–25; Balistier, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996.

11 Steinhaus, Kurt: Streiks in der Bundesrepublik 1966 – 1974, Frankfurt/Main 1974, S. 106.

12 Ders.: Streikämpfe in der BRD von 1971 bis 1974, in: Das Argument, Nr. 86, Jg. 16, 1974, S. 356–408, hier: S. 371–375, Zitate: S. 373.

Quellen für seine Auflistung gänzlich.¹³ Meine Recherchen legen nahe, dass sich Steinhaus im Wesentlichen auf eine Auswertung der *Süddeutschen Zeitung* stützte. Eine weitere Quelle war für ihn *Express International*. Die links-sozialistische *Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* stand dem »Sozialistischen Büro« nahe. Mitte Mai 1972 publizierte sie eine Liste von etwas mehr als dreißig Streiks gegen das Misstrauensvotum und bat um Ergänzungen, die aber entweder nicht bei der Redaktion eintrafen oder von dieser nicht veröffentlicht wurden.¹⁴

Auf Steinhaus' Erkenntnissen baut – was die Fakten angeht – Lucy Redlers Diplomarbeit auf, die dreißig Jahre später verfasst wurde. Wie bei Steinhaus ist auch bei ihr das Interesse am Thema nicht vom politischen Engagement zu trennen: 2021 gehört die Trotzkinistin Redler dem Bundesvorstand der Partei »Die Linke« an. Sie betont, es habe sich um »politische Abwehrstreiks gegen den Misstrauensvotumsantrag und zur Unterstützung der Regierung« gehandelt. Der Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge tritt bei ihr – verglichen mit Steinhaus – in den Hintergrund.¹⁵ Hier erkennt man die unterschiedlichen politischen Positionen von Steinhaus und Redler. Übereinstimmung herrscht jedoch bei der Einschätzung von SPD und DGB, die, so Redler, »versuchten, die Bewegung wieder einzudämmen.«¹⁶

Fragen

Mit dieser Studie über die Geschichte der Proteste gegen den Misstrauensantrag betrete ich also Neuland. Dabei geht es mir nicht um die Vorgänge im Arkanbereich der Politik, in den Hinterzimmern oder wo auch immer Geldscheine übergeben oder Versprechungen gemacht wurden. Vielmehr soll der Blick auf das gelenkt werden, was in aller Öffentlichkeit geschah und deshalb nicht im Verdacht stand, Stoff für Skandale und Nervenkitzel zu liefern. Bei näherer Betrachtung handelt es sich dennoch um eine hochemotionale Geschichte.

¹³ Ebd., S. 373.

¹⁴ *Express International* (Frankfurt), Nr. 145, 16. Mai 1972, S. 5.

¹⁵ Redler, Lucy: *Der politische Streik in Deutschland nach 1945*. Hamburg (Universität für Wirtschaft und Politik), Diplomarbeit 2004; S. 61.

¹⁶ Ebd., S. 62.

Was ist der Ort der Proteste in der bundesdeutschen Geschichte? Diese Frage zu beantworten ist neben der Rekonstruktion des Geschehens die Hauptaufgabe meiner Studie. Die Demonstrationen und Streiks erfolgten in einer Phase, die für viele – zeitgenössisch wie auch im Rückblick – als Zeit des Aufbruchs, der beschleunigten Veränderung in Staat und Gesellschaft gilt. Zum Aufbruch gehörte auch die Ankündigung von »mehr Demokratie« in Willy Brandts erster Regierungserklärung als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969. Politische Partizipation erfolgt nicht nur an den Wahlurnen, sondern ist auch durch Straßendemonstrationen oder Streiks möglich, sofern es in letzteren nicht nur um veränderte Tarifregeln geht.

Was bedeuteten also die Proteste Ende April 1972 für die politische Kultur der Bundesrepublik? Waren auch sie Teil einer Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft? Emanzipierten sich die Aktivisten der Proteste von den Vorgaben der Parteien und Gewerkschaften oder geschah dies alles doch nur auf Geheiß der jeweiligen Vorstände? Forderten sie eine Art direkter Demokratie, entgegen der klaren Zuständigkeitszuweisung des Grundgesetzes, dass nur der Bundestag über Wahl und Abwahl des Bundeskanzlers entscheiden dürfe?

Die erste Amtszeit von Willy Brandt als Bundeskanzler war eine Zeit tiefgreifender Politisierung und starker Polarisierung der Gesellschaft. Wie reihen sich die Proteste gegen den Misstrauensantrag von CDU/CSU hier ein? Vertieften sie den Graben? Schwächten sie die demokratische Grundordnung, weil sie das verfassungsgemäße Prozedere für illegitim erklärten? Und schließlich: Waren auch sie Teil eines Generationenkonflikts, der für die Jahre ab 1967 so häufig konstatiert wird?

Angesichts des fehlenden Forschungsvorlaufs musste in einem ersten Schritt geklärt werden, wie umfangreich die Proteste waren, wo sie stattfanden und wer sich an ihnen beteiligte. Auf eine detaillierte Darstellung dessen, was republikweit geschah, folgt eine Synthese. Gesucht wird nach Verallgemeinerungsfähigem, aber auch nach dem Besonderen der Aktionen: Gab es regionale Schwerpunkte? Wie sah die Streikbereitschaft in den verschiedenen Branchen aus? Wie umfassend waren die Aktivitäten in den jeweiligen Betrieben? Nach der Synthese kommt die Analyse, die »Zergliederung« in Form einer Tiefenbohrung: Wer initiierte die Proteste? Welche Aktionsformen kamen zum Zug? Welche Parolen und welche Forderungen wurden kommuniziert? Und wie sah das Verhältnis zwischen Organisiertheit und Spontaneität der Aktivitäten aus?

Fragestellungen der Protestforschung erwiesen sich als anregend, aber häufig gaben die Quellen keine Antworten. Es gilt hier, was Dieter Rucht als Problem der Forschung so charakterisiert: »Obgleich mit vielen Protesten konfrontiert, verfügen wir doch über ein erstaunlich geringes Wissen um sie. Kaum jemand vermag verlässlich über die zeitliche, räumliche und thematische Verteilung, geschweige denn über Voraussetzungen und Wirkungen von Protest Auskunft zu geben.«¹⁷ In einem Punkt werde ich von den Usancen der Protestforschung abweichen. Philipp Gassert fasst als Konsens zusammen: »Protest muss ›sichtbar‹ oder ›hörbar‹ sein; ›unsichtbarer‹ oder ›stummer‹ Protest ist kein Protest.«¹⁸ Aus Anlass des Misstrauensvotums hat es Zehntausende Briefe an das Bundeskanzleramt gegeben, in denen die Absender auch über Proteste berichteten, die nicht über ihr engeres Umfeld, den Arbeitsplatz, hinausgingen, aber doch eine Haltung zum Ausdruck brachten, die dieses engere Umfeld beeinflussten.¹⁹

Quellen

Regionale und überregionale Zeitungen und die Druckerzeugnisse der diversen linksradikalen Gruppen – von der DKP über Trotskisten bis zu den maoistischen Kleinstparteien – erwiesen sich als die aussagekräftigsten Quellen. Viele Periodika stehen in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages in nutzerfreundlicher örtlicher Konzentration zur Verfügung. Alle 121 Tageszeitungen, die es 1976 in der Bundesrepublik gab, durchzusehen, war nicht möglich.²⁰ Von ihnen habe ich etwa 30 ausgewertet. Zu bedenken ist, dass die heutige Analyse von den damaligen Entscheidungen der Redaktionen abhängt, worüber sie berichteten und worüber nicht – aus

¹⁷ Rucht, S. 7.

¹⁸ Gassert, S. 26.

¹⁹ Zu den Briefen vgl. die erschöpfende Analyse durch Manke, Sabine: Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomenen, Marburg 2008.

²⁰ Zur Zahl der Tageszeitungen: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36376/umfrage/anzahl-von-tageszeitungen-in-deutschland-seit-1965> (18. August 2021). Die Zahl bezieht sich auf »Publizistische Einheiten«; 1967 lag sie bei 158. Zahlen für 1972 liegen nicht vor. »Unter den Begriff publizistische Einheit werden in Deutschland jene Tageszeitungen gefasst, die denselben Mantelteil besitzen, jedoch unter verschiedenen Titeln firmieren. Der Mantelteil ist der überregionale Teil (häufig Politik, Wirtschaft und Feuilleton) einer Regionalzeitung.« (ebd.)

welchem Grund auch immer. Wie hoch die »Dunkelziffer« sein mag, lässt sich schwer abschätzen. Große Streiks dürften kaum übersehen worden sein, aber über kleinere Aktionen berichteten höchstens lokale Zeitungen – oder auch nicht. Geografische Nähe bedeutete nicht stets eine höhere Wahrscheinlichkeit der Berichterstattung. Von der Generalstreikforderung des Betriebsrats der Gebr.-Leitz-Werke in Oberkochen erfahren wir nicht aus einer der Stuttgarter Zeitungen, obwohl nur 80 Kilometer zwischen beiden Orten liegen. Es war die *Frankfurter Allgemeine*, die diese Nachricht platzierte.²¹ Vom Streik in der Duisburger Friedrich-Krupp-Hütte lesen wir nur in der *Süddeutschen Zeitung* aus München.²²

Für die zweite Gruppe, die Publikationen der radikalen Linken, ist die Internetdatenbank »Materialien zur Analyse von Opposition« (MAO) eine unverzichtbare Quelle. Jürgen Schröder, einer der beiden ehrenamtlichen Betreiber der Datenbank, stellte im Herbst 2020 aus Anlass dieser Studie alle vom MAO-Projekt erfassten Dokumente zu den Protesten gegen das Misstrauensvotum zusammen.²³ Für diesen Dienst an der Wissenschaft gebührt ihm größter Dank. Die Sammlung von Betriebszeitungen unterschiedlicher Parteien, welche die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengetragen hat, enthält keine Informationen über die Proteste.²⁴

Einiges Material fand sich in den diversen Rundfunkarchiven, einschließlich des der DDR-Nachrichtensendung *aktuelle kamera*. Die kurzen Beiträge bleiben aber, was die Informationsfülle angeht, weit hinter den Printmedien zurück. Die Erwartung, in den im Deutschen Tagebucharchiv verwahrten Lebenszeugnissen auf Spuren der Vorgänge um das Misstrauensvotum zu stoßen, erfüllte sich nicht.

Wichtiges bleibt ungeklärt. Wer die Proteste jeweils initiiert hatte, wie sie abliefen und wie viele Menschen teilnahmen, wissen wir oft nicht. Angesichts manch summarischer Aufzählung in den Quellen lassen sich noch nicht einmal alle Aktionen verlässlich datieren.²⁵ Aufklärung hätte vielleicht das Archiv der DKP geben können, zeigte sich die Partei doch in den Protesten gegen das Misstrauensvotum äußerst aktiv. Doch leider war der Zugang wegen Reorganisationsarbeiten, deren Ende nach Auskunft der Partei nicht

21 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. April 1972.

22 Süddeutsche Zeitung, 28. April 1972.

23 https://www.mao-projekt.de/BRD/BRD/BRD_1972_Misstrauensvotum.shtml (12.01.2021).

24 Mein Dank gilt Sven Haarmann, M.A., Referent im Archiv der sozialen Demokratie, für diese Auskunft.

25 Im Gewerkschafts-Spiegel, Jg. 9 (1972), Nr. 10, 30. Mai 1972, S. 28, hieß es z. B.: »Der Einfachheit halber fassen wir auch die Aktionen vom 25. und 26. April zusammen.«

absehbar sei, nicht möglich. Das zeugt nicht von Interesse an einer transparenten Aufarbeitung der Geschichte.

Was die Zahl der Streikenden angeht, könnte man denken, dass die amtliche Streikstatistik wenigstens für die globalen Angaben zum Umfang der Arbeitsniederlegungen die Lücken schließen würde. Aber weit gefehlt: Die Streikstatistik war keine Hilfe, sondern erwies sich vielmehr als kapitales Problem. Die Zählung der Streiks durch das Statistische Bundesamt führt »für das 2. Quartal [1972] nur 3 Streiks mit 2573 Teilnehmern auf.«²⁶ Grund für diese unreal niedrige Zahl ist, dass das Bundesamt »Bagatellstreiks« nicht erfasst. Welcher Streik eine Bagatelle ist, bemisst sich an Dauer und Teilnehmerzahl. Näher erläutert dies ein internes Papier der IG Metall: »In die amtliche Statistik (Statistisches Bundesamt) werden Arbeitsniederlegungen, an denen weniger als 10 Arbeitnehmer beteiligt waren oder die weniger als 1 Tag dauerten, nicht einbezogen, es sei denn, daß dadurch insgesamt mehr als 100 Arbeitstage verloren gingen. Es können also unter Zugrundelegung eines 8-Stundentages in einem Betrieb 3.168 Arbeiter 15 Minuten streiken, ohne daß dieser Streik in die Statistik eingeht, weil nur 96 Arbeitstage ausgefallen sind.«²⁷

Um dennoch einen Überblick über alle Streikaktivitäten in ihrem Organisationsbereich zu gewinnen, erhob die IG Metall seit 1968 auf eigene Faust über ihre Verwaltungsstellen spontane, nicht von ihr ausgerufene Arbeitsniederlegungen, die unterhalb der Kriterien des Statistischen Bundesamts lagen. Die Berichte liegen heutzutage im Archiv der Gewerkschaft. Doch auch diese Quelle half bei den Recherchen nicht weiter. Die Streiks im Zusammenhang mit dem Misstrauensvotum waren nicht in die Aufstellung eingegangen. Warum dies so ist, ist unbekannt. Es gibt keinen plausiblen Grund dafür, aber das Faktum selbst ist eindeutig. Auch von Seiten des DGB oder des SPD-Parteivorstands wurde keine Übersicht über die Protestaktionen erstellt. In den Akten des Gewerkschaftsdachverbands, der Einzelgewerkschaften und der Partei haben die Streiks nur rudimentäre Spuren hinterlassen.

Die Datensammlung von Hasso Spode et al. erfasst ebenfalls die Streiks der letzten April-Woche 1972 nicht oder nur zu geringen Teilen. Zwei Ta-

²⁶ Steinhaus, Streikkämpfe, S. 371.

²⁷ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (künftig: AdsD), IGMZ210438: »Spontane Arbeitsniederlegungen und Streiks, Stand: 31.12.74«. Vgl. auch Kalbitz, Rainer: Die Streikstatistik in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23 (1972), H. 8, S. 495–505.

bellens dort geben Vierjahressummen für politisch motivierte Arbeitsniederlegungen, unterschieden nach gewerkschaftlich und nichtgewerkschaftlich organisiert. Demzufolge kam es 1969 – 1972 in 117 Fällen zu derartigen Streiks mit insgesamt 157.370 Beteiligten; nur in zwei Betrieben mit 50 Teilnehmern war dies gewerkschaftlich organisiert. Leider fehlt es aber an einer genaueren Aufschlüsselung.²⁸

28 Spode, Hasso/Volkman, Heinrich/Morsch, Günter/Hudemann, Rainer: Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland, St. Katharinen 1992, Tabelle 44 und 45. Die Originaldaten, aus denen die Tabellen erstellt wurden, sind verloren, wie Hasso Spode dem Verfasser am 31. August 2021 in einer E-Mail mitteilte.

Der Rahmen